



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

38. Sitzung (öffentlich)

7. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) | 5 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200
hier: Einzelplan 08
Vorlagen 14/1186, 14/1275 und 14/1397 | |
| | Generalaussprache | 5 |
| | Antragsberatung | 6 |
| | Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Einzelplan 08 ohne Änderungen anzunehmen. | |

**2 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen -
Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 14**

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD ab.

3 NRW braucht eine Hochschuloffensive gegen den Fachkräftemangel 16

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5028

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

4 Perspektiven des „CO₂-freien Kraftwerks“ realistisch bewerten 18

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1989

Ausschussprotokoll 14/460

Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 14/460

Der Ausschuss erklärt einstimmig den Antrag Drucksache 14/1989 und den vorgelegten Änderungsantrag - s. Anlage - für erledigt.

5 Handlungsoffensive der Landesregierung zum Klimaschutz konsequent umsetzen 20

Antrag der
Fraktion der CDU und der
Fraktion der FDP
Drucksache 14/3845

Entschließungsantrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3932

In Verbindung mit:

**6 Klimaschutz konkret:
Potenziale von Energieeinsparung und -effizienz erschließen**

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4234

In Verbindung mit:

7 Die Landesregierung beim Ziel einer 30%igen CO₂-Reduzierung bis 2020 unterstützen!

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4477

Und:

**8 Klimaschutz konkret:
Im Jahr 2020 müssen in NRW mindestens 25 % des Stroms in Kraft-
Wärme-Kopplung produziert werden!**

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4855

Und:

**9 Weitere Kohlekraftwerke in NRW sind mit den Klimaschutzzielen der
Bundesregierung nicht vereinbar!**

Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5223

Aussprache

**10 Novellierung des Landesplanungsgesetzes - Auswirkungen der
Föderalismusreform und Novellierung des Raumordnungsgesetzes 34**

Der **Ausschuss** kommt überein, diesen Punkt nach
Vorliegen des schriftlichen Berichts zu behandeln.

11 Sachstandsbericht zum Risikobegrenzungsgesetz**35**

Vorlage 14/1412

Auf Vorschlag von **Reiner Priggen (GRÜNE)** kommt der Ausschuss überein, dieses Thema heute nicht zu behandeln. Wenn der gestern zugegangene schriftliche Bericht noch Anlass zu Fragen bietet, kann beantragt werden, diesen Punkt erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

* * *

Aus der Diskussion

Vorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, die Obleute hätten sich am Vortag darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes für die ‚BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline‘“ wegen der noch ausstehenden Auswertung der Anhörung heute nicht zu behandeln.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/4600 und 14/5200
hier: Einzelplan 08
Vorlagen 14/1186, 14/1275 und 14/1397

Vorsitzender Franz-Josef Knieps weist darauf hin, dass Änderungsanträge als Tischvorlage verteilt worden seien.

(Hinweis: Die Änderungsanträge und die Abstimmungsergebnisse darüber sind in der Vorlage 14/1452 enthalten.)

Generalaussprache

Thomas Eiskirch (SPD) spricht an, das Wirtschaftsministerium habe die deutlichen Kürzungen für die Ausbildungsstätten mit Schreiben vom 2. November - Vorlage 14/1397 -, vor allem für das Handwerk, bestätigt. Darüber habe der Wirtschaftsausschuss diskutiert, obwohl das einen anderen Einzelplan betreffe, weil die Verantwortung gesehen werde, dass die Ausbildungsvoraussetzungen gerade im Handwerk für die jungen Auszubildenden möglichst auf einem aktuellen Stand gehalten werden sollten und eine Kürzung in diesem Bereich für erklärungsbedürftig gehalten werde. In der Antwort werde nun angeführt, diese Ausbildungsstätten sollten sich an Wettbewerben im Rahmen des Ziel-2-Programms beteiligen. Die jungen Leute hätten aber ein Anrecht darauf, möglichst gute Ausbildungsstätten vorzufinden. Deshalb dürften dort keine Kürzungen vorgenommen werden. Das Handwerk habe sich ebenfalls entsprechend geäußert.

Ministerin Christa Thoben (MWME) nimmt Stellung, der zweite Absatz ihres Antwortbriefes zur Finanzierung der Ausbildungsstätten müsste Herrn Eiskirch beruhigen.

Thomas Eiskirch (SPD) bittet, diese letzte Aussage zu erläutern. Die Formulierung „im Einzelfall“ heiße doch, dass die Landesregierung im Rahmen des Haushaltes

entscheide. Das setzte aber entsprechende Ansätze im Haushalt voraus. Deshalb bitte er anzugeben, wo diese Ansätze existierten.

Ministerin Christa Thoben (MWME) empfiehlt, zur genauen Erläuterung dafür Vertreter des MAGS einzuladen. In dem dortigen Einzelplan seien die Mittel jedenfalls veranschlagt.

Thomas Eiskirch (SPD) folgert, aus Sicht der Wirtschaftsministerin reichten die beim MAGS veranschlagten Mittel für diesen Bereich aus, obwohl der Ansatz zur Ausstattung der Ausbildungsstätten eine deutliche Kürzung erfahren habe. Aber aus den gekürzten Mitteln heraus müsse zusammen mit den Mitteln aus Wettbewerben die Ausstattung der Ausbildungsstätten bestritten werden. Die Wirtschaftsministerin sehe also keine Notwendigkeit zur Intervention, um die Ausstattung der Ausbildungsstätten auf dem bisherigen Niveau sicherzustellen, und meine, dass das Vorgehen des MAGS zu billigen sei.

Ministerin Christa Thoben (MWME) betont, das Wirtschaftsministerium gehe davon aus, dass die Mittel ausreichen, zumal die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze erheblich ansteige, und zwar gerade auch im Handwerk.

Thomas Eiskirch (SPD) äußert, diese Aussage der Ministerin mit Erschütterung zur Kenntnis zu nehmen wie auch die Tatsache, dass die regierungstragenden Fraktionen dieses Vorgehen akzeptierten.

Sodann spricht der SPD-Abgeordnete den Sachverhalt an, dass Dr. Rüttgers auf dem „ContractFuture Ruhr 2030“ des Initiativkreises Ruhrgebiet und vorher via Presse die 40 Millionen € als große Errungenschaft für den Ausbau des Duisburger Binnenhafens verkauft habe. Jetzt stelle sich aufgrund der Antwort der Wirtschaftsministerin heraus, dass es sich dabei um ein Projekt des alten Ziel-2-Programmes mit der Nachlauffrist bis Ende 2008 drehe, das bewilligt sei. Sollten sich darüber hinaus weitere Erfordernisse geben, müssten sich diese im Rahmen der Wettbewerbe des Ziel-2-Programms durchsetzen. Somit habe Dr. Rüttgers versucht, alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen.

Ministerin Christa Thoben (MWME) nimmt Stellung, sie sei sich sicher, dass die Entwicklung von Logport in Verbindung mit den anderen Häfen am Rhein gut verlaufen werde und dass das Land diese finanziell begleiten werde zum Beispiel im Rahmen von ZIKON und den daraus zu entwickelnden Projekten.

Antragsberatung

Zu den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - s. Vorlage 14/1452 -:

Reiner Priggen (GRÜNE) führt grundsätzlich zum Haushalt aus, der Einzelplan 08 bestehe aus zwei großen schwarzen Blöcken mit geringer Transparenz. Zu dem gesamten Bereich der Steinkohlefinanzierung hätten die Grünen in den vergangenen Jahren zahlreiche Änderungsanträge gestellt, wovon diesmal abgesehen worden sei, weil die Grünen nicht davon ausgingen, dass dort Mittel zurückgeholt werden könnten. Das Land müsste zwar eigentlich auch vom Anstieg der Weltmarktpreise profitieren, aber das sei offensichtlich nicht mehr zu realisieren. Beim gestrigen Steinkohletag habe Werner Müller davon gesprochen, dass der Importpreis momentan bei 120 € pro Tonne liege, was nach dem Kenntnisstand der Grünen nicht zutrefte, weil dieser etwa bei der Hälfte liege. Aber selbst bei 60 € müsste viel Geld übrigbleiben. Beim Steinkohletag vor vier Jahren habe der Bundeskanzler Schröder knapp 16 Milliarden € öffentliche Mittel zugesagt, was ausreichen sollte für die Finanzierung der gesamten Plafonds bis zum Jahr 2012. Man befinde sich immer noch in diesem Finanzierungszeitraum. Seitdem seien aber die Weltmarktpreise real um fast 50 % gestiegen, was sich eigentlich im Landeshaushalt positiv niederschlagen müsste. Aber es müsse wohl zur Kenntnis genommen werden, dass man seinerzeit mit den Zahlen getäuscht worden und somit kein Geld aus diesem Umstand zu holen sei.

Den Abgeordneten sei der Bereich der Ziel-2-Finanzierung nur völlig unzureichend zugänglich. Zwar gehe die jetzige Regierung deutlich transparenter als frühere Landesregierungen unter Beteiligung der Grünen vor, aber dennoch erscheine es für ihn nicht befriedigend, dass die gesamte Ziel-2-Mittelvergabe, wie sie konkret stattfindet und auf Einzelbereichen zugeschlagen werde, praktisch am Haushaltsgesetzgeber Parlament vorbeilaufe.

Danken wolle er für die in der letzten Sitzung dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Zahlen. Danach gebe es 16 Cluster-Wettbewerbe. Aber bei aller Sympathie für den Wettbewerbsgedanken bei der Mittelvergabe müsse gesagt werden, dass man sich auf diese Weise immer mehr der Möglichkeit beraube, strukturelle Programme zu steuern. Etwa beim Wettbewerb im Bereich Energie wolle er nicht infrage stellen, dass die von der Ministerin für die Kommission ausgesuchten Personen hoch qualifiziert seien. Den Verdacht, es würde darüber Klientel- oder Interessenpolitik betrieben, könne man ausweislich der Liste der Personen nicht haben. Bei der Steuerung erscheine auch richtig, dass diese nicht mehr ausschließlich nach regionalen Gründen erfolge. Trotzdem bleibe die Möglichkeit, als Land Schwerpunkte zu setzen, angesichts von 16 Wettbewerben unzureichend. Das gelte schon für die Mittelgewichtung zu den verschiedenen Bereichen. Es flössen nur wenig Mittel in den Energiebereich und der Wettbewerb erscheine wenig spezifiziert. Für ihn drehe es sich teilweise um eine wettbewerbsmäßige Wundertüte. Er sei gespannt darauf, welche Vorschläge gemacht würden. Aber das ganze Parlament bleibe bei dem Verfahren und bei der Bewertung weitgehend außen vor, was eindeutig kritisiert werden müsse.

Die Änderungsanträge der Grünen berührten den Bereich Energie. Das Programm Progress sei von 26 Millionen € im Jahr 2005 auf knapp unter 12 Millionen € heruntergefahren worden, von dem fast die Hälfte in die Finanzierung der Energieagentur fließe. Die Energieagentur stelle eine sinnvolle und vernünftige Einrichtung dar. Aber trotzdem könne mit dem verbleibenden Geld strukturell nur außerordentlich wenig geleistet werden. Die dafür angesetzten Mittel passten in relevanten Bereichen nicht

zu dem energiepolitisch und strukturell Erforderlichen. Wenn über Klimaschutz und Energiepolitik diskutiert werde, gebe es zwar Bereiche, in denen sich Nordrhein-Westfalen möglicherweise nicht besonders gute Chancen böten, aber es existierten auch welche, die hervorragende Möglichkeiten eröffnen dürften. Das gelte für die Nah- und Fernwärme und für die Kraft-Wärme-Kopplung. Aufgrund der hohen Besiedlungsdichte der großen Ballungsräume dürfte Nordrhein-Westfalen diesbezüglich bessere Chancen besitzen als Mecklenburg-Vorpommern oder andere Flächenländer. Dafür stünden aber nur maximal 6 Millionen € aus dem Programm Progress zur Verfügung, um Prozesse auf diesen Feldern anzustoßen. Bedauerlich erscheine zudem, dass über den Wettbewerb alle Gelder in einer Weise herausgezogen würden, dass die erforderlichen strukturellen Maßnahmen nicht mehr finanziert werden könnten.

Bei einem Änderungsantrag gehe es um die Unterstützung des Ausbaues der Nah- und Fernwärmenetze. Diese seien in den 70er- und 80er-Jahren mit erheblichen öffentlichen Mitteln ausgebaut worden. Das betreffe die Fernwärmeschienen Ruhr und Niederrhein. Seinerzeit habe es bis zu 42 % Zuschüsse gegeben, was heute sicherlich nicht zu erreichen sein werde. Aber der Bund werde ein Programm auflegen. Aus Sicht der Grünen müsse Nordrhein-Westfalen ergänzend den Anreiz erhöhen, um Mittel dieses Bundesprogramms über dem Bevölkerungsanteil von 21 % hinaus nach Nordrhein-Westfalen zu lenken.

Korrespondierend gehöre zum Ausbau dieser Netze die Gebäudesanierung, weil es sinnvoll sei, die großen Wohnungsbaubestände beschleunigt zu modernisieren. Dass gemeinsam kritisierte Vorgehen der KfW bei den Zinssätzen hinterlasse Bremsspuren. Der Abruf der KfW-Mittel belege, dass Nordrhein-Westfalen im Prinzip davon unterproportional profitiere. Bezogen auf die Quadratmeter liege NRW unter dem Bundesschnitt. Erstaunlich erscheine, dass Bayern und Baden-Württemberg deutlich besser abschnitten. Andere Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen hätte zeitweilig additiv zu den KfW-Mitteln eigenes Geld eingesetzt, um einen stärkeren Anteil der Bundesmittel in ihre Länder zu leiten. Ein solches Vorgehen erscheine vernünftig und richtig. Wenn Nordrhein-Westfalen nämlich bei bestimmten regenerativen Energieträgern wegen natürlicher Nachteile nicht an der Spitze stehen könne - gleichwohl könnte auf diesem Feld mehr geleistet werden -, müsste aber in diesem Bundesland bei Nah- und Fernwärme und bei der Kraft-Wärme-Kopplung sowie bei der Gebäudesanierung mehr unternommen werden. Aus Sicht der Grünen gebe es Deckungsmöglichkeiten, die ein gewisses Umlenken erforderten.

Dietmar Brockes (FDP) nimmt Stellung, wenn Herr Eiskirch wirklich erschüttert sei von dem genannten Sachverhalt, hätte von der SPD-Fraktion die Einbringung entsprechender Änderungsanträge erwartet werden müssen. Somit komme diese ihrer Aufgabe nicht nach, weil sie vermutlich keine Gegenfinanzierungsvorschläge unterbreiten könne. Der Kollege Priggen gehe für die Grünen insofern vernünftig und sachlich vor und lege auch Deckungsvorschläge vor. Dennoch lehne die FDP-Fraktion die Anträge der Grünen ab, weil sie sachlich für falsch gehalten würden. Es erscheine nicht besonders innovativ, den Schuldendienst entsprechend aufzustocken,

indem das Land wegen der schlechteren Konditionen der KfW einspringe. Dazu habe Ministerin Thoben ausgeführt, diesbezüglich Gespräche mit der KfW mit dem Ziel zu führen, die Konditionen zu verbessern. Man habe aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass es wegen des Anstiegs des Mehrwertsteuersatzes im letzten Jahr sehr starke Vorzieheffekte gegeben habe. Das zeige, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer der Wirtschaft schade. Diese Mehrwertsteuererhöhung werde vielleicht auch den einen oder anderen von Sanierungsmaßnahmen abhalten. Es existierten zudem schon zahlreiche gute Programme wie das Gebäudesanierungsprogramm NRW.

Zum Thema Fernwärme halte er es schon wegen der Haushaltslage für den falschen Weg, jedes vom Bund kommende Programm noch um eines des Landes zu ergänzen. Man sollte sich langsam daran gewöhnen, Programme durch die Weitergabe entsprechender Informationen zu nutzen. Aus den dargelegten Gründen lehne die FDP-Fraktion die beiden Erhöhungsanträge der Grünen ab.

Thomas Eiskirch (SPD) weist darauf hin, der Kollege Brockes habe die Einbringung von Änderungsanträgen eingefordert zu einem Einzelplan, der gar nicht auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehe. Angesprochen habe er, Eiskirch, das Thema Ausbildungsstätten, weil dieses auch diesen Ausschuss angehe.

Für beide mit den Änderungsanträgen der Grünen angestrebten Ziele hege er Sympathie. Was das KfW-Programm angehe, habe das Ministerium im Obleute-Gespräch Zahlen vorgelegt, die deutlich machten, dass das Jahr 2006 ein Ausreißerjahr im positiven Sinne gewesen sei, wofür eine Erklärung lautete, dass es einen Vorzieheffekt wegen der Mehrwertsteuererhöhung gegeben habe. Er habe bei diesem Gespräch das Wirtschaftsministerium um eine Übersicht über die Zinsentwicklung gebeten, um den Abstand zwischen dem KfW-Zins und dem Marktzins zu sehen und um daraus folgern zu können, inwieweit der Zinssatz entscheidend dafür sei, um solche Maßnahmen voranzubringen. Zwar sympathisiere er mit dem Antrag der Grünen, aber es könne wohl noch nicht abschließend beurteilt werden, ob der Zinssatz der einzig ausschlaggebende Punkt sei. Deswegen müsse das angeforderte Papier abgewartet werden. Außerdem erscheine die vorgeschlagene Deckung nicht plausibel. Man könne über den Innovationsfonds denken, was man wolle, aber bei einem Haushalt, der so wenig innovativ und nach vorn gerichtet erscheine wie der Einzelplan 08 sei alles, was die Ergänzungsvorlage in dieser Richtung enthalte, zu begrüßen. Weniger stark begrüßt werde, dass zwar im Jahr 2008 die Ministerien von Herrn Pinkwart und Frau Thoben fast gleichmäßig bedient würden, aber nach den Vermerken für die Folgejahre das Geld augenscheinlich nur noch im Haushalt von Minister Pinkwart lande. Frau Thoben habe hoffentlich noch nicht den Kampf darum aufgegeben, dass auch der Bereich Wirtschaft in den Folgejahren stärker am Innovationsfonds partizipiere. Aus den genannten Gründen werde sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über die Änderungsanträge der Grünen der Stimme enthalten.

Zum Fernwärmenetz und zur Kraft-Wärme-Kopplung bitte er das Ministerium um eine Stellungnahme, ob die Vorschläge der Grünen haushalterisch unproblematisch

seien oder nicht. Wenn diese Vorgehensweise als unproblematisch beurteilt werde, könne seine Fraktion diesen Anträgen inhaltlich zustimmen.

Lutz Liengkämper (CDU) betont, im Gegensatz zur Aussage des Kollegen Eiskirchs erachte er den Einzelplan 08 als einen sehr innovativen Etat. Das Wettbewerbsverfahren werde sicher gute Ergebnisse hervorbringen.

Es sei erfreulich, dass die Grünen Deckungsvorschläge unterbreitet hätten, auch wenn er diese inhaltlich nicht befürworte. Der Innovationsfonds stelle für den Bereich Wirtschaft etwas ausgesprochen Gutes dar, weshalb einer Kürzung vor dessen Beginn nicht zugestimmt werden könne. Somit bestehe für den Erhöhungsantrag dann aber keine Deckung, sodass dieser abgelehnt werden müsse.

Einigkeit bestehe in dem Ziel Gebäudesanierung. Die CDU-Fraktion wäre froh, wenn die im Bundesrahmen vorgegebenen Ziele erreicht würden. Zweifellos seien die Anträge im ersten Halbjahr zurückgegangen, aber im Moment könne noch nicht gesagt werden, ob das ausschließlich auf die veränderten Zinssätze zurückgehe. Er wünschte sich in dem Zusammenhang, wenn die Voraussetzungen der Programme zwischen Land und KfW stärker harmonisiert würden. Während die Programme der KfW eher formale Voraussetzungen aufwiesen, verhalte es sich beim Land anders. Diese Voraussetzungen zu harmonisieren, könnte sinnvoll sein. Jedenfalls sehe es die CDU-Fraktion als nicht sinnvoll an, 10 Millionen € zusätzlich in den Haushalt für die Schuldendiensthilfe einzustellen.

Es treffe zu, dass Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu anderen Flächenländern über ein ausgesprochen gut ausgebautes Nah- und Fernwärmenetz verfüge. Das heiße nicht, dass nicht noch weitere Verbesserungen möglich seien. Aber das bloße Auflegen eines neuen Förderprogramms dürfte wohl keine Verbesserung zur Folge haben. Weil dazu auch kein Konzept vorliege, das seine Fraktion überzeugen könnte, werde dem Antrag nicht zugestimmt. Unterstützt würden aber die vielfältigen Aktivitäten zum Energiesparen, etwa das Programm „Unser Haus spart“. Da auch andere Programme in dieser Richtung gut liefen, sollte auf diesem Weg weitergemacht werden.

Reiner Priggen (GRÜNE) meint, unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs zwischen den Parteien beruhige ihn, dass die CDU-Fraktion die Anträge ablehne. Er nehme nicht an, dass diese damit durchkomme. Die Ministerin sage draußen, es werde eine Sanierungsrate von drei Prozent gebraucht. Zurzeit liege sie bei ein Prozent. Somit müsse Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet mehr leisten. Der Bund habe im Rahmen des KWK-Gesetzes angekündigt, 150 Millionen € für den Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze auszugeben. Es müsse aber angestrebt werden, nicht nur den proportional auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Anteil ins Land zu holen. Wenn bei einem solchen Programm Bayern und Baden-Württemberg besser abschnitten, müsse nach den Gründen gefragt werden. Nordrhein-Westfalen liege beim Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze genau auf dem Niveau des Bundeschnitts, obwohl dieses Bundesland wesentlich bessere Voraussetzungen aufweise als andere Flächenländer wie Niedersachsen. Es sei nicht akzeptabel, dass Nord-

rhein-Westfalen weit hinter Holland und Dänemark hinterherhinke und man auch in Deutschland trotz der guten Voraussetzungen schlecht dastehe. Man könne zwar bei der Windkraft argumentieren, dass Nordrhein-Westfalen nicht die Werte erreichen könne wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein. Aber bei Themen wie den Nah- und Fernwärmenetzen und Kraft-Wärme-Kopplung müsste Nordrhein-Westfalen wegen seiner Ballungsgebiete besser abschneiden. Deswegen müsse Nordrhein-Westfalen versuchen, mehr als seinen 21prozentigen Anteil von den 150 Millionen € aus dem Bundesprogramm in dieses Bundesland zu holen. Herr Brockes habe ihn aber beruhigt, weil nicht befürchtet werden müsse, dass im nächsten Jahr die Koalitionsfraktionen den gleichen Antrag mit einem dreimal höheren Ansatz stellten.

Dietmar Brockes (FDP) pflichtet dem Kollegen Priggen bei, dass der große Haushaltsposten zu den Ziel-2-Maßnahmen relativ wenig Transparenz aufweise. Aber zum Ziel-2-Programm gebe es einen Begleitausschuss, in dem jede Fraktion durch einen Abgeordneten vertreten sei. Bedauerlicherweise habe Herr Kollege Priggen das Feld dort Frau Steffens überlassen. Frau Steffens verstehe aber das Ziel-2-Förderprogramm als reines Frauenförderprogramm. Über den Begleitausschuss verfüge man aber über Informationen auch zu den Einzelwettbewerben. Aus diesem Grunde sollte Herr Priggen Kontakt zu Frau Steffens aufnehmen.

Ministerin Christa Thoben (MWME) bittet Herrn Eiskirch, bei der SPD-Bundestagsfraktion für eine Verbesserung der KfW-Bedingungen zu werben. Die CDU-Bundestagsfraktion helfe Nordrhein-Westfalen diesbezüglich in den dortigen Haushaltsberatungen.

Bewusst habe man alle Kofinanzierungsmittel in einem Kapitel zusammengefasst. Teilte man diese in der von den Grünen gewünschten Weise auf, würde trotzdem, um im Vollzug nicht pausenlos an Ecken zu stoßen, die gegenseitige Deckungsfähigkeit festgelegt. Somit gehe durch die Veranschlagungsart keine Transparenz verloren.

Zum Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze wünsche sie, dass dieses Thema einmal getrennt von den großen Themen behandelt werde. Es sei zu fragen, was die Energiewirtschaft daran hindere, wenn sie beides verkaufen könne, Kraft-Wärme-Anlagen zu bauen. Die Energiewirtschaft weise häufig darauf hin, zum Teil die Zukunft in einer dezentralen Verankerung von Kraft-Wärme-Kopplung zu sehen. Somit befinde sich der Antrag der SPD nicht auf der Höhe der Zeit. Das Wirtschaftsministerium möchte gern beim Thema dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung im Ausschuss darüber sprechen, wo Wärmesenken gesehen würden und von wem man entsprechende Informationen erhalte, um festzustellen, wo eine solche Maßnahme sinnvoll wäre und wo man dafür Verbündete finde. Sie glaube nicht, dass dies zuallererst eine Frage des Netzausbaues in Ballungsgebieten sei. Im Ruhrgebiet bestehe bekanntlich eine ganz andere Konkurrenz durch den Ausbau der Gasnetze.

Reiner Priggen (GRÜNE) betont, er finde es richtig, auch Mittel mit Wettbewerbsansätzen zu vergeben. Aber es würden zu viele Mittel in Wettbewerbe gegeben, zumal

bei bestimmten Wettbewerben gerade im Energiebereich nicht klar sei, was diese erbringen sollten. Er erwarte von der Jury Vorschläge. Aber ob diese dem entsprechen, was man erreichen wolle, erscheine nicht sicher. Die Mittelgewichtung bei den Wettbewerben sei nicht schlüssig. So erhielten einige Wettbewerbe deutlich mehr Mittel als der Energiebereich. Er vermute, in der nächsten Runde müsse die Landesregierung verstärkt Mittel aus dem Wettbewerbsbereich in Strukturvorhaben stecken. Er bleibe skeptisch, ob man gut beraten sei, wenn so viele Mittel in den Wettbewerb gegeben würden und kaum noch Handlungsmöglichkeiten für strukturelle Maßnahmen blieben.

Die Kollegin Steffens müsse im Übrigen wohl im Begleitgremium die vorhandenen Defizite der Koalition bei der Frauenförderung ausgleichen.

Christian Weisbrich (CDU) fragt, warum der Staat immer strukturell vorgeben solle, wie etwas auszusehen habe. Jetzt sollte einmal probiert werden, über viele Wettbewerbe ohne Scheuklappen neue Ideen zu entwickeln. Wenn neue Ideen entwickelt worden seien und dann die Auffassung bestehe, dass es sich lohne, auf einem Feld etwas zu machen, könne die Entwicklung immer noch staatlich unterstützt verstärkt werden. Aber man solle die großen kreativen Kräfte im Land nutzen, indem ein Wettbewerbsprogramm durchgeführt werde, um zu sehen, was dabei herauskomme. Die Grünen hätten eine bestimmte Denkweise verfolgt, über der man versucht habe, den Menschen im Land etwas aufzuoktroieren. Das solle nun verändert werden.

Im Ziel des Einsatzes von Kraft-Wärme-Kopplung bestehe Übereinstimmung. Den Kommunen wolle man die Möglichkeit einräumen, einen Anschluss- und Benutzungszwang für solche Nahwärmeeinrichtungen vorzusehen. Es wäre schön, wenn das über eine gemeinsame Initiative gelänge. Aber jetzt noch einmal grundsätzlich in Fernwärmeschienen zu investieren wie seinerzeit bei der Fernwärmeschiene Ruhr sei vor dem Hintergrund der Überlegung, zu dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung zu kommen, wohl nicht richtig.

Reiner Priggen (GRÜNE) erläutert, er habe mit dem Antrag nicht grundsätzlich ausschließen wollen, dass es an der einen oder anderen Stelle sinnvoll wäre, die bestehenden Fernwärmeschienen durch Stickleitungen in größere Komplexe hinein zu ergänzen, die sich eventuell nicht ganz rechneten. Somit liege er mit Herrn Weisbrich in der Sache nicht auseinander. In der Regel gehe es aber eher um Nahwärmenetze.

Wie sich in der Vergangenheit gezeigt habe, könne Gebäudesanierung und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung nicht ausschließlich über Wettbewerbsgedanken geleistet werden. Weil im Ruhrgebiet eine so starke Vormachtstellung des Gases bestehe - dabei seien politische Fehler gemacht worden -, sich nach seiner Einschätzung die Lage bei den Öl- und Gaspreisen nicht entspannen werde und die großen Wohnungsbestände eher einkommensschwächere Mieter hätten, die die Heizkosten nicht aufbringen könnten, was sich in den Sozialhilfeleistungen niederschlagen werde, ergebe es einen gewissen Sinn, additiv zu Bundesmitteln dort Schwerpunkte zu legen. Die Grünen hätten sehr wohl bemerkt, dass es einen entsprechenden Programmansatz bei den Wohnungsbeständen gebe. Aber es existierten Wohnungsbe-

stände mit Mietern, die mit ihren Einkommen nur knapp über dem Sozialhilfeniveau lägen. Dieser Personenkreis komme bei weiter steigenden Öl- und Gaspreisen in immer schwierigere Situationen. Es gebe dieses Potenzial an Wohnungsbeständen, die man vernünftigerweise an Nahwärmenetze, auch gasgespeist, anschließen könne. Wenn der Bund Programme auflege, wäre es unter Umständen vernünftig, additiv von Landesseite tätig zu werden. Im Übrigen seien auch die Grünen von einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titel in diesem Bereich ausgegangen.

Ministerin Christa Thoben (MWME) teilt mit, was den Ausbau insbesondere von Nahwärmenetzen angehe, besage eine Expertise des Wuppertal Instituts, dass dieser Weg richtig sei. Wenn die Bundesregierung in Umsetzung der Meseberg-Beschlüsse ein Sonderprogramm auflege, sollte erst einmal abgewartet werden, wie dieses aussehe, bevor überlegt werde, ob das Land noch zusätzliche Mittel vorsehen sollte. Sie halte es nicht für richtig, auf jeden Fall zusätzlich Landesmittel einzusetzen. Es sollte besser versucht werden, eine gemeinsame Initiative, was sinnvollerweise in der Gemeindeordnung verankert werden könnte, auf den Weg zu bringen.

Dietmar Brockes (FDP) stellt klar, die FDP-Fraktion wende sich nicht gegen Nah- und Fernwärmenetze, aber sie halte es nicht für richtig, stets noch zusätzliche Landesprogramme ins Leben zu rufen, ohne vorher zu wissen, wie die Bundesprogramme aussähen. Das Land müsse davon wegkommen, neben anderen Programmen ergänzende Programme vorzusehen, weil man sich das schon wegen der Haushaltssituation nicht leisten könne.

Thomas Eiskirch (SPD) erklärt, nach den Aussagen der Ministerin, wonach die gegenseitige Deckungsfähigkeit gegeben sei und es bezüglich der EU-Kofinanzierung keine Probleme gebe, werde die SPD dem Antrag der Grünen für ein Förderprogramm für den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen zustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Einzelplan 08 ohne Änderungen anzunehmen.

